Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 1 (1960)

Heft: 13

Artikel: Frankreichs Industrielle flirten mit Moskau

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076348

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bern, 20. April 1960 Preis 50 Rp.

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 13 Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern
Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit
Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telephon 2 77 69 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

WAS DIE ANDERN KONNTEN KÖNNEN WIR SICHER AUCH

Wir haben letzte Woche vorgeschlagen, dass unsere Leser durch zwei Briefe — einen an einen National- oder Ständerat, einen andern an den Inlandredaktor ihres Blattes — unsere Regierung zu einem heute hochnotwendigen Schritt veranlassen: Mit anderen westeuropäischen Staaten zusammen eine Stipendienkommission zu bilden, ja sie vorzuschlagen, und dabei zugleich die ersten 50 Vollstipendien für Asiaten, Afrikaner und Osteuropäer zur Verfügung zu stellen.

Wir behaupteten, dass dieses Projekt auf solche Weise verwirklicht werden kann. An einem Beispiel können wir zeigen, dass so etwas möglich ist und in einem anderen Lande Westeuropas verwirklicht wurde.

Vor zwei Jahren untersuchten einige englische Studenten die Verhältnisse in Flüchtlingslagern. Sie stellten fest, dass eine grundlegende Verbesserung der Verhältnisse nur durch eine zusätzliche Anstrengung zu erreichen sei.

Sie schlugen deshalb vor, dass alle Staaten ihre Hilfeleistungen während eines Jahres verdoppeln sollten, um so die Voraussetzungen zu einer Besserung zu schaffen. Der Vorschlag hatte Erfolg; ihm ist das Weltflüchtlingsjahr zu verdanken, das von allen Regierungen unterstützt wird, dem 70 Länder Sondermarken widmen, für das eben jetzt zahlreiche Organisationen grosse Sammlungen durchführen.

Zum Erfolg führte genau die Methode, die wir zur Verwirklichung der westeuropäischen Universität vorgeschlagen haben. Die Studenten überzeugten einige englische Parlamentarier von der Notwendigkeit, das Projekt durchzuführen. Die Parlamentarier ihrerseits überzeugten die englische Regierung, den Plan andern Regierungen zu unterbreiten.

Wo sich ein Wille findet, ist ein Weg vorhanden. Besonders in der Schweiz sollte gerade dieser Weg uns vertraut sein. Wir dürfen auch jetzt, da Gemeindeversammlungen und Landsgemeinden selten geworden sind, nicht vergessen, dass Initiative und Referendum nicht unbedingt von anonymen Organisationen getragen werden müssen.

Gerade unsere Schweizer Verfassung lädt dem einzelnen persönliche Verantwortung auf, gibt ihm aber auch Kompetenzen. Wir können und sollen einmal selber Hand anlegen und nicht warten, bis die Repräsentanten etwas tun, bis Parteien und Verbände beschliessen.

Deshalb ersuchen wir unsere Leser, die kleine Anstrengung nicht zu scheuen und je einem eidgenössischen Parlamentarier und einem Inlandredaktor je einen Brief — oder dann zwei Kopien desselben Briefes — zu schreiben.

Bei genügendem gutem Willen und mit vereinten Kräften kann dieser wichtige, für Westeuropa, für die Zukunft unserer Freiheit wichtige und notwendige Plan verwirklicht werden. Noch in der Juni-Session, wenn alle jetzt handeln. Nicht morgen, nicht übermorgen: Jetzt.

Peter Sager.

Frankreichs Industrielle flirten mit Moskau

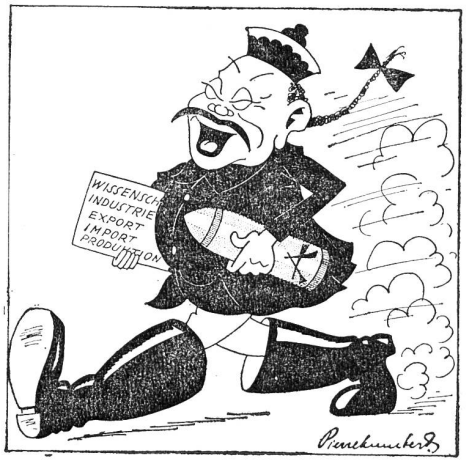
Von allen Industriellen, die in ihrem Lande Chruschtschov zu Besuch empfingen, haben gewisse Franzosen bisher auf das sowjetische Handelsangebot am positivsten reagiert.

Es ist dabei aufschlussreich, die Reaktionen zweier Länder nach dem Besuch des sowjetischen Regierungschefs zu vergleichen, nämlich der USA und Frankreichs; die USA selbstbewusst und stark, Frankreich ehrgeizig, aber zutiefst unsicher.

In den USA war auf den ersten Blick die Bereitschaft der Geschäftsleute deutlicher gewesen. Nach Chruschtschovs Abreise waren jedoch die Folgen der Annäherung keineswegs gross. In Frankreich hatten das strikte Programm und die kühle Reserve de Gaulles auf den ersten Blick das vermuten lassen, was die Presse schrieb: Eigentlich ist nichts erreicht worden.

Jetzt erst wird die Wirkung des sowjetischen Werbens bei gewissen Kreisen sichtbar. Die «Informations Industrielles et Commerciales» veröffentlichten am 1. April einen Leserbrief eines Industriellen, der seit Jahren Osthandel treibt: «Frankreich befindet sich mit seinen Investitionsgüterexporten in scharfer Konkurrenz mit andern westeuropäischen Ländern, denen gegenüber es eine passive Handelsbilanz aufweist. Diese Konkurrenten können Kredite für 13 bis 17 Jahre ... für Investitionsgüter gewähren ... (besonders Westdeutschland. Red.) ... Wäre es ... nicht angezeigt, sowjetische Investitionsgüter von Weltklasse zu kaufen, die zu Preisen von 30 und mehr Prozent unter Weltmarktpreis zu haben sind?»

Rotchinas Siebenmeilenstiefel



Frankreich befindet sich in einer Zwickmühle: Bis vor kurzem wurde kaum reinvestiert, der Mangel an Vertrauen bewirkte, dass die französische Industrie den Boom zwar mitmachte, jedoch mit möglichst wenig Neuanschaffungen. Ausnahmen waren wenige Betriebe, wie die Staatsbahnen oder die Régie Renault. Jetzt kündigt sich eine Periode an, in welcher die Grossmächte offensichtlich dem wirtschaftlichen Wettstreit den Vorrang geben. Auf einen Schlag muss Frankreichs Industrie eine völlig veraltete Ausrüstung erneuern.

Gleichzeitig stellt sich die Frage der Belieferung der Entwicklungsländer, die Frankreich beantworten muss, will es seine Rolle der «Communauté française» gegenüber halten. Wenn eine Quelle für billige Investitionsgüter — seien sie auch nicht weltbester Qualität — gefunden werden kann, so ist das eine ausserordentliche Erleichterung, vielleicht die einzige Lösung, um gleichzeitig neu ausrüsten und liefern zu können.

Dass es zumindest dem Verfasser des Leserbriefes um die Entwicklungsländer geht, beweist sein Beispiel des 17-Jahre-Kredits, der gerade für Entwicklungsländer gewährt wurde.

Offensichtlich fussen die Aussagen über die um 30 Prozent billigeren Investitionsgüter auf dem Melman-Rapport, dem Bericht eines amerikanischen Hochschuldozenten, der Westeuropa und die Sowjetunion besuchte und in seinem Bericht Urteile über die Industrien dieser Gebiete

Fortsetzung Seite 4

Da der kommunistische Staat auf Gewalt gegründet ist und sich im fortwährenden Konflikt mit seinem Volk befindet, muss er — selbst wenn es keine aussenpolitischen Gründe dafür gibt — militaristisch sein.
Djilas, «Die Neue Klasse»

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum.

DER KLARE BLICK

20. April 1960

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst Freier Korrespondenz-Dienst Schriftenreihe

Unser Memo

Die Sonderpläne des Premiers Südrhodesiens, Sir Edgar Whitehead, die sich nicht mit den «partnership»-Ideen des neuen britischen Kolonialsekretärs Macleod decken, könnten ernste Schwierigkeiten verursachen. Die Lage: Von den drei Territorien Nordrhodesien, Südrhodesien und Njassaland hat nur Südrhodesien eine ansehnliche und stabile Zahl von weissen Siedlern (200 000) gegenüber 2 600 000 Afrikanern (1:13); Njassaland zählt nur 9000 Weisse, meist Verwaltungsbeamte, neben 3 000 000 Afrikanern (1:330) und selbst Nordrhodesien, Heimat des Premiers der Föderation, Sir Roy Welenski, hat bloss 70 000 Weisse, darunter viele Spezialarbeiter, Beamte und weniger Siedler, die ihr Leben lang im Land bleiben wollen, neben 2 500 000 Afrikanern (1:35). Nun beabsichtigt Macleod in seinem Verfassungsprojekt, der Föderation eine «partnership» zwischen den Rassen zu geben, die nach einem kurzen Uebergang auf Gleichberechtigung hinausläuft. Für Südrhodesien, sagt Whitehead, dessen Weisse auf Gedeih und Verderb mit dem Land verbunden sind, ist das undenkbar. Sein Credo: «Wir wollen keine südafrikanische Apartheid. Wir wollen auch keine Ghana-artige eng nationalistische Verfassung, die den Weissen zum Ausländer macht. Wir wollen hier bleiben und den Afrikaner erst dann als gleichberechtigt annehmen, wenn Garantie vorhanden ist, dass er die Geschicke des Landes wirklich übernehmen kann. Dann sind wir Weissen nämlich eine Minderheit, die der afrikanischen Mehrheit völlig ausgeliefert ist.» Wie lange das gehen wird? «Rund dreissig Jahre.» Wie? «Wir müssen die Afrikaner davon überzeugen, dass sie nur dank uns nicht im Elend und im Hunger leben, dass ‚Zusammenarbeit der Rassen' (mit Europäern vorläufig als führendem Teil) besser ist als enger Nationalismus.» Um dies durchzusetzen, schreckt er vor harten Massnahmen nicht zurück. «Es ist eine alte Tradition der Briten, dass eine Regierung erst gegen Aufrührer vorgeht, wenn der Aufruhr offen ausgebrochen ist. Meine Regierung hält sich nicht an diese Tradition.» Wie er seine Chancen einschätzt? «Gigantische Schwierigkeiten.» Beurteilung seiner Lösung in seinen Augen: Die einzige, kalte, vernünftige Lösung. In den Augen seiner Gegner: Er ist ein Kuriosum auf dem Weg zu Apartheid und Katastrophe (siehe Curriculum).

Curriculum der Woche

SIR EDGAR WHITEHEAD

Ministerpräsident Südrhodesiens (1 der 3 Teilstaaten der Föderation [Min.präs.: Sir Roy Welenski, KB, 17. Februar], die aus Südrhodesien, Nordrhodesien und Njassaland besteht). Hat gegebenenfalls Absicht, aus Föderation auszutreten, zwischen südafr. Apartheid und engl. «Partnerschaft» einen Mittelkurs zu suchen. Geb. 1906, Berlin, Vater Kanzler brit. Gesandtschaft, Mittelschule England, dann Oxford (University College). Kränklich (heute sehr schwerhörig, schwache Augen); Arzt empfiehlt Südrhodesien. Erholt sich, politisch aktiv, Mitgl. Legislativversammlung. 1939 freiwill. zum Dienst, Genietruppen, 1945 Oberstlt., wird Hochkommissar (Titel für Gesandte innerhalb Commonwealth) Südrhodesiens in London. Nach S'r. zurück, Finanzminister, wird durch Interventionismus bei konservativen Geschäftsleuten unbeliebt. Rückfall Krankheit, beinahe blind. 1953 Erholung, Adelsstand erhoben. 1956 comeback: Aussenposten in Washington, dann Premierminister. Theorie: «Weisse müssen Afrikaner überzeugen, dass Lenkung durch Weisse noch lange Zeit nötig, weil sonst Zusammenbruch Prosperität, für Afrikaner noch ärger, weil sie im Land bleiben müssen. Rassengleichheit = enger Nationalismus; anerkannte Ueberlegenheit der Weissen, die für Schwarze sorgen = ‚radical cooperation', Zusammenarbeit unter den Rassen.» Falls Gleichberechtigung zw. Europ. u. Afrik. in Föderation durchgesetzt, will W. Südrhodesien abtrennen. War jetzt in London, um für seine Ideen zu werben (siehe S. 3).

kurz

Radio Moskau, arabische Sendung: Annahme des sowjetischen Abrüstungsplanes bedeutet 10 Milliarden Dollar für die Entwicklungsländer und «jedes Jahr können 8 Assuan-Dämme gebaut werden».

Die bisher grösste japanische Ausstellung im Ausland findet im Sommer in Moskau statt. Kosten: 420 000 000 Yen, wovon die japanische Regierung 300 000 000 zahlt.

Prag (1 000 000 Einwohner) hat 53 Hotels, 10 Nachtlager, 1 Erholungsheim, 64 Einquartierstellen, insgesamt 5895 Betten («Rude Pravo», 9. April).

Eine polnische Sejm (Parlaments)-Delegation reist in Südamerika, war in Brasilien und Argentinien, ist in Peru. (Ende 1959 bereiste eine tschechische Parlamentsdelegation Südamerika intensiv; KB, 27. Januar.)

Die DDR hat nach Stockholm jetzt in Kopenhagen ein Reisebüro eröffnet («Neues Deutschland», 9. April).

Indonesiens Präsident Sukarno sprach in Sofia vor 150 000, sagte: «Wir sind von unserem Siege überzeugt; wir werden Hand in Hand gehen. Imperialismus, Kolonialismus, Kapitalismus werden endgültig liquidiert werden. Wir werden ... eine Welt der Brüderlichkeit, des Friedens und des Wohlstandes schaffen («Rabotnicesko Delo», 9. April).

Fortsetzung von Seite 1

abgab, die vielerorts zwiespältig aufgenommen wurden. Er sagte, dank völliger Automatisierung und Massenherstellung seien die Sowjets in der Lage, erstklassige Werkzeugmaschinen um einen Drittel billiger abzugeben.

Westliche Fachleute sind im Ungewissen, ob die Qualität der sowjetischen Erzeugnisse durchwegs dem entspricht, was man sich unter erstklassig vorstellt. Man muss, sagen sie, die Sowjets nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen. Jedenfalls warten sie mit einem endgültigen Urteil, bis sie diese verbilligte Produktion gesehen haben.

Andererseits ist die Gefahr — auch wenn der Bericht stimmt — nicht gross, dass die Sowjets auf irgendeinem Sektor die Weltmarktpreise völlig zerstören werden. Die UdSSR ist heute immer enger mit der Weltwirtschaft verbunden und hat in letzter Zeit geradezu kapitalistische Allüren in ihrem Aussenhandel offenbart. Bei kürzlichen Kupferverkäufen z. B. hörte sie auf energische Reklamationen anderer Lieferanten sofort auf, unter dem Weltmarktpreis zu verkaufen.

Auffallend ist im Hinblick auf die französisch-sowjetischen Beziehungen auch der freundliche Ton, mit dem Frankreich unter anderem im Informationsbulletin der Botschaft der UdSSR in der Schweiz behandelt wird. Nach einem zuversichtlichen Kommentar über die bevorstehende Erhöhung französischer Exporte in die UdSSR um 250 Prozent heisst es: «Französische Fachleute halfen den sowjetischen Ingenieuren und Arbeitern bei der Montage und der Meisterung der Apparate und der neuen Technologie der Produktion.» Es ist eher selten, dass offiziell anerkannt wird, sowjetische Fachleute hätten von Ausländern Hilfe beim Erlernen «technologischer» Neuerungen erhalten.

Auch hat Frankreich seit dem 10. April ein Zahlungsabkommen mit der UdSSR (KB, 13. April), dank dem die Sowjetunion in irgendeiner konvertierbaren westeuropäischen Valuta oder in Dollars bezahlen kann. Einzelheiten sind zwar noch nicht bekannt, doch scheinen sowohl die Sowjets wie gewisse französische Industrielle grosse Hoffnungen auf eine Entwicklung des Handels zu hegen.

Es kann nicht gesagt werden, ob der ungebundene Zahlungsverkehr zwischen Frankreich und der Sowjetunion das Handelsvolumen stark beeinflussen wird. Die Schweiz hat schon einen ungebundenen Zahlungsverkehr mit der Sowjetunion und die Ergebnisse sind keineswegs überwältigend. Es kann auch nicht gesagt werden, ob die Sowjets Investitionsgüter um einen Drittel billiger liefern können oder werden, und ob dadurch die Bedürfnisse Frankreichs befriedigt werden.

Es kann nur gesagt werden, dass in der uneinheitlichen westlichen Front stets Angriffspunkte vorhanden sind, welche die Sowjets geschickt ausnützen. Diese Angriffspunkte sind immer dort zu finden, wo der Westen etwas vernachlässigt hat — hier Frankreichs Vertrauenskrise nach dem Krieg und seine völlig ungenügende Reinvestierung, die es heute verzweifelt nach billigen Quellen für Investitionsgüter suchen lassen.

A. Z.
Bern 1